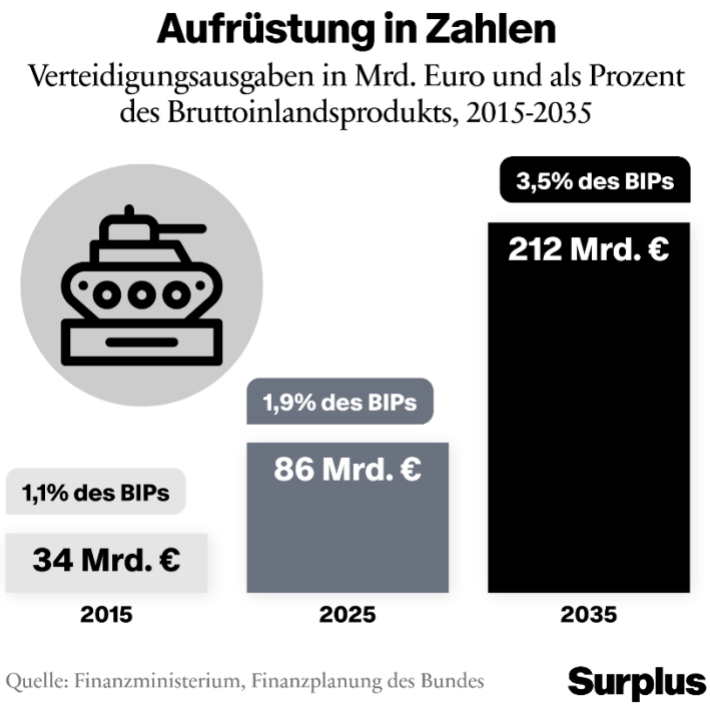
Rudolf Hickel Bremen, Mitte Juli 2026

Sind Rüstungsinvestitionen gesamtwirtschaftlich rentabel?
Die Kontroverse um den fiskalischen Ausgaben-Multiplikator - revisited

Die Rüstungsausgaben in Deutschland werden weiter in den kommenden Jahren massiv steigen. Nach der durch das Bundeskabinett im April vorgelegten Finanzplanung ist ab dem kommenden Jahr bis 2030 ein Zuwachs der Verteidigungsausgaben (Einzelplan 14) um über 610 Mrd. € geplant. Über die Mittel im Normalhaushalt erfolgt maßgeblich die Finanzierung durch die neuerdings in der Verfassung festgeschriebene Ausnahmeregel für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse. Was an Ausgaben für die Verteidigung plus einiger zusätzlichen Zahlungen etwa für den Zivilschutz über ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinausgeht, darf über die im Volumen unbegrenzte Aufnahme von Krediten finanziert werden. Die vorgesehene Kreditaufnahme für diese „Bereichsausnahme“ zur Schuldenregel summiert sich nach der vorliegenden Planung von 2027 auf mehr als 470 Mrd. € bis 2030.



entnommen aus SURPLUS vom 1.7.2026: (Rudolf Hickel, Rüstungsausgaben: Strohfeuer ohne Substanz)

Fiskalmultiplikator: Was ist das?

Mit diesem per unbegrenzter Kreditaufnahme finanzierten Rüstungsschub stellt sich die Frage nach dessen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik. Im Mittelpunkt steht der aus der makroökonomischen Analyse im Umfeld von J. M. Keynes vor allem durch Richard F. Kahn 1931 entwickelte Fiskalmultiplikator für kreditfinanzierte Staatsausgaben. Der hier herangezogene Multiplikator erfasst über die direkte Ausgabenwirkung der öffentlichen Investitionen auch den sich über das Wirtschaftssystem verbreitenden indirekten Produktions- und damit Einkommenseffekt. Dabei steht der reale, also preisbereinigte Inlandsproduktanstieg im Mittelpunkt. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)“ hat in einer empirisch abgesicherten Studie von 2025 den Multiplikator für öffentliche Investitionen auf etwa 2 geschätzt. Demnach wird bei einem Impuls durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen von 1 Mrd. € gesamtwirtschaftlich ein Zuwachs von 2 Mrd. € des Bruttoinlandsprodukts erzeugt.[1] Da die generierte Wertschöpfung über den fiskalischen Ausgabenimpuls hinausgeht, entsteht auch Spielraum für die Finanzierung des Schuldendienstes dieses Fiskalimpulses .

Wie verläuft der Multiplikatorprozess? Am Anfang steht die Ausgabe für die öffentlichen Investitionen, in deren Umfang die gesamtwirtschaftliche Produktion und damit auch die Beschäftigung steigt. Es folgt die erste Runde über die produzierende Zulieferindustrie (Stahl, Chemie oder Dienstleistungen). Dort wachsen Produktion und damit die Einkommen, die die Beschäftigten für ihre Konsumausgaben einsetzen. Dadurch entsteht wiederum Nachfrage bei den zuliefernden Unternehmen und es werden weitere Konsumausgaben bei den dort Beschäftigten ausgelöst. Weitere Runden werden über die nachfolgenden Zulieferfirmen auf der jeweiligen Produktionsstufe ausgelöst. Somit hängt grundsätzlich die Höhe des Multiplikators von der (marginalen) Konsumquote ab. Ist diese hoch, dann steigt der Vervielfachungsfaktor. Andersherum, je höher die Sparquote, umso niedriger fällt der Multiplikator aus. Abgesehen von der bestimmenden Konsumquote hängt die Höhe des kurzfristig auf die Konjunktur wirkenden Multiplikators von drei zentralen Einflussfaktoren ab:

(1) Je mehr für den staatlichen Primärimpuls importiert werden muss (Importquote), umso niedriger ist der Zuwachs der inländischen Produktion und damit

[1] G. Dany-Knedlik / A. Kriwoluzky / M. Rieth: Öffentliche Investitionen sind notwendig, selbsttragend und kurbeln die Wirtschaft an; in DIW aktuell, No. 107; https://www.econstor.eu/bitstream/10419/312138/1/1917905882.pdf

der des Einkommens. Das exportierende Ausland profitiert zulasten des Inlandes.

(2) Sind die Produktionskapazitäten stark ausgelastet, fällt die Vervielfachung des Ausgabenimpulses niedriger aus.

(3) Wird der staatliche Ausgabenimpuls zu Preissteigerungen missbraucht, ist mit einem real (preisbereinigten) niedrigen Zuwachs beim Inlandsprodukt zu rechnen.

Multiplikator für Rüstungsausgaben niedrig

Auffällig ist, dass auch im internationalen Vergleich der für Rüstungsausgaben ermittelte Multiplikator zwischen 1 und 0 deutlich niedriger als der für zivile Staatsinvestitionen auffällt. Dabei gilt beim Multiplikator 0: Beim Ausgabenschub für Rüstung gibt es keine (positive) Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion. Empirisch plausibel und methodisch überzeugend ermitteln Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk für Rüstungsausgaben in Deutschland eine Bandbreite von eher 0,5 bis im ungünstigsten Fall von 0. Bei dem plausiblen Wert von 0,5 löst ein Rüstungspaket mit 1 Mrd. € lediglich die Hälfte an Zuwachs des preisbereinigten Inlandsprodukts aus. Die Ursachen für den gegenüber zivilen staatlichen Investitionsausgaben niedrigeren Rüstungsausgaben-Vervielfacher sind: (1) Bei der gesamtwirtschaftlichen Wirksamkeit der Rüstungsausgaben spielt die Importquote für Rüstungsgütern eine wichtige Rolle. In den letzten Jahren ist diese durch Großanschaffungen gestiegen. Je höher die Importquote umso stärker wird der Produktions- und Beschäftigungseffekt staatlicher Ausgaben für Rüstung ins Ausland exportiert. (2) Da die Auslastung der erforderlichen Produktionskapazitäten derzeit in Deutschland vergleichsweise hoch ist, kann der konjunkturell reale Effekt steigender Produktion nicht in vollem Umfang eintreten. Es braucht Zeit, bis neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden. (3) Nicht nur infolge der derzeitigen Kapazitätsengpässe ist die Mitnahme von hohen Preisaufschlägen bei Rüstungsaufträgen zu beobachten. Rüstungsunternehmen nützen ihre Marktmacht, um überhöhte Preise durchzusetzen. Im Umfang dieser Preisaufschläge kommen die Ausgaben für die Rüstungsausgaben real in der Produktionswirtschaft nicht an. Auf diese Bremswirkung der monopolistischen Preissetzung beim Fiskalmultiplikator für

Rüstungsausgaben hat bereits ausführlich Heinz-J. Bontrup in seiner Dissertation „Preisbildung bei Rüstungsgütern“ (Köln 1986) hingewiesen.[2] Dadurch wird schließlich die Inflation forciert. Bei den nutznießenden Unternehmen steigen dagegen die Gewinne. Aktiennotierte Unternehmen mit monopolistischer Preissetzungsmacht profitieren über die expandierenden Gewinnerwartungen vom Anstieg ihrer Börsenkurse. Hier setzt derzeit die notwendige Debatte der Besteuerung dieser Übergewinne an.

Der konjunkturell kurzfristige Fiskal- Multiplikator für Rüstungsausgaben zeigt gegenüber dem Impuls durch zivile staatliche Investitionen, dass mit einem geringen gesamtwirtschaftlich positiven Wachstumseffekt nicht zu rechnen ist. Allerdings sind mittelfristig durchaus stärkere gesamtwirtschaftliche Expansionseffekte zu erwarten. Durch den Druck der Nachfrage nach Rüstungsausgaben werden jedoch erst später die Produktionskapazitäten ausgebaut. Daher ist konjunkturell kaum eine Impulswirkung zu erwarten. Bei hoher gesamtwirtschaftlicher Auslastung droht der Ausbau der Produktionskapazitäten für Rüstung in Konkurrenz zu Investitionen in den zivilen Unternehmen. („Crowding out“).

Spillover-/ Dual Use- Effekte in der Kontroverse

Über die konjunkturell schwache Wirkung von Rüstungsausgaben hinaus gilt es, mittelfristig die Folgen für die Entwicklung vor allem der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sowie insbesondere der Produkt- und Prozessinnovationen zu bewerten. Hier kommen die durch die Rüstungsproduktion ausgelösten Spillovers zugunsten der zivilen Wirtschaft ins Spiel. Es geht um die Frage, inwieweit Rüstungsprodukte gleichzeitig auch im Sinne der „Dual Use“-Verwendung zivil genutzt werden können. Früher waren Mikrowellenöfen, hochwertige Klebestoffe und das Ortungssystem GPS Beispiele einer zivilen Nutzung militärischer Produktinnovationen. Heute wird etwa auf die Satellitensysteme und Produkte der »Cyber Security« verwiesen. Neuerdings steht bei der militärischen Ertüchtigung der deutschen Seehäfen dieser Dual Use- Effekt zugunsten der gesamten Umschlagsinfrastruktur im Vordergrund.

Grundsätzlich sprechen gegen diesen Dual Use-Optimismus zwei Gründe: (1) Bei der militärischen Priorisierung der Forschung und Entwicklung steht die zivile Nützlichkeit nicht im Vordergrund. Sie wird eher zum Abfallprodukt.

[2] *Preisbildung bei Rüstungsgütern.* Zugleich Dissertation Universität Bremen. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1986, ISBN 3-8046-8677-X.

(2) Bei der Anwendung militärisch eingesetzter Produkte und Prozesse wird oftmals die zivile Nutzung nur eingeschränkt zugelassen. Dafür sorgt die mit dem Verweis auf die Sicherheit geltende Geheimhaltung. So werden Satellitensysteme vorrangig auf die militärische Nutzbarkeit eingeschränkt. Das Beispiel militärische Ertüchtigung der Hafenanlagen zeigt, wie die Sicherheitsansprüche in Konflikt zur zivilen Nutzung führen können. Insgesamt wird die zivile technologische Entwicklung heute durch die Ressourcen fressende Militärexpansion benachteiligt. „Dual Use“, also die viel gepriesenen, wechselseitigen Vorteile aus zivil und militärisch genutzten Technologien, wird zur Einbahnstraße. Die militärischen Interessen dominieren die Produkt- und Prozessinnovationen. Anstatt die sozial-ökologische Nachhaltigkeitsforschung für die Wirtschaft und Gesellschaft zu favorisieren, wird die zivile Verwendbarkeit allenfalls zum Abfallprodukt der militärisch dominierten Forschungsaufträge. Deshalb sollte anstatt der militärischen die zivile Priorisierung von Ausgaben für die Forschung, Entwicklung und Implementierung dominieren. Im Mittelpunkt steht der gesellschaftliche Diskurs über die Entscheidung, wie knappe Ressourcen für die nachhaltige Wohlstandsgesellschaft auch unter sicherheitspolitischen Notwendigkeiten genutzt werden können.

Gesamtwirtlich ist hier gezeigt worden, mit dem Verweis auf wirtschaftliche Wachstumsgewinne infolge des Fiskalmultiplikators lassen sich Rüstungsausgaben im Vergleich zu zivilen staatlichen Investitionen nicht favorisieren. Gegenüber den Rüstungsausgaben sind gesamtwirtschaftlich, fiskalisch und technologisch kreditfinanzierte öffentliche Infrastrukturinvestitionen überlegen. Mit ihrem Multiplikator bis zu 2 verdoppelt der Impuls für öffentliche Investitionen die Wertschöpfung. Wegen dieser gesamtwirtschaftlichen Rentabilität trifft die „goldene Regel“ für kreditfinanzierte öffentliche Infrastrukturinvestitionen zu. Aus der wachsenden Wohlstandssteigerung lässt sich auch der Kapitaldienst durch künftige Generationen finanzieren. Da bei einem Multiplikator unter eins für Ausgaben des Rüstungsimpulses im Vergleich dazu weniger an zusätzlichem Einkommen generiert werden, verkleinert sich der Spielraum zur Finanzierung des künftigen Kapitaldienstes (Zinsen und rückzahlbare Schuldtitel) im ungünstigsten Fall bis auf null. Es werden Einsparungen und / oder Steuererhöhungen zu Lasten nachfolgender Generationen erforderlich. Zugleich werden die Möglichkeiten, mit öffentlichen Investitionen in die ökologische Transformation der Produktion Umweltkosten zu vermeiden verschenkt.

Missbrauchter „Rüstungskeynesianismus“

Neuerdings wird die Expansion der Rüstungsausgaben als eine durch John Maynard Keynes entwickelte Variante seiner Gesamtwirtschaftslehre zur Stabilisierung und Vollbeschäftigung angeboten. Dafür steht der Begriff „Rüstungskeynesianismus“ oder auch „Militärkeynesianismus“. Mit diesem Konstrukt wird Keynes als „Kronzeuge“ einer gesamtwirtschaftlich erfolgreichen Impulspolitik mit kreditfinanzierten Kriegsausgaben missbraucht. Er hat zwar während des Zweiten Weltkriegs Vorschläge zur Finanzierung der britischen Verteidigung unterbreitet. Grundsätzlich zielt jedoch seine „Allgemeine Theorie“ auf produktive zivile Investitionen des Staates in die Infrastruktur zur Stärkung des ökonomischen Wohlstands und zur Vollbeschäftigung. Es geht darum, Marktversagen bei der Sicherung eines stabilen öffentlichen Kapitalstocks zu „reparieren“. Die Vereinnahmung durch den „Militärkeynsianismus“ macht jedoch ein Defizit dieser gesamtwirtschaftlichen Steuerung deutlich. Keynes ging es ausschließlich um die Steigerung des Aggregats gesamtwirtschaftlicher Nachfrage ohne Berücksichtigung der Frage, welche Staatsausgaben mit dem Fiskalimpuls sinnvollerweise finanziert werden sollen. Seine Mitstreiterin, die große Ökonomin Joan Robinson, hat im damals heftig diskutierenden „Cambridge Circus“ auf diese ausgabenspezifische Indifferenz hingewiesen. Als seit Mitte der 1970er Jahre in Deutschland infrastrukturelle Defizite im öffentlichen Sektor sichtbar wurden, hat auch die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftpolitik“ an dem Konzept „Keynes plus“ gearbeitet. Die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung wurde jetzt mit erforderlichen staatlichen Ausgaben für eine zukunftsfähige Infrastruktur etwa von der Bildung bis zum Verkehrssystem verknüpft. Dieses Konzept „Keynes plus“ schloss wegen der fehlenden Wohlstandwirkungen Militärausgaben zur Stärkung der Gesamtwirtschaft aus.

Abgesehen von dieser notwendigen Finanzierung öffentlicher Infrastrukturaufgaben, die das Marktsystem zwar braucht, aber aus eigener Kraft nicht erzeugen kann, gehört zur Wahrheit: Mit den in der gesamtwirtschaftlichen Wirkung stark reduzierten Multiplikatoreffekten lassen sich Rüstungsausgaben im Vergleich zu öffentlichen Infrastrukturinvestitionen nicht seriös rechtfertigen. Sie mögen sicherheitspolitisch zur Verteidigung erforderlich sein. Die Option Vorrang der militärischen Stärkung hat allerdings einen hohen Preis für die Gesellschaft. Er kostet den Verzicht auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Zukunftswirtschaft. Denn jeder Euro, der für die zivile Infrastruktur ausgegeben wird, ist der Verwendung für Rüstungsausgaben in jeder Hinsicht haushoch überlegen. +++